

**Beschlussvorlage**

**öffentlich: Ja**  
 Drucksachen-Nr.: 04/1059  
 Erfassungsdatum: 02.03.2009

**Beschlussdatum:**

**Einbringer:**  
 Gruppe der FDP

**Beratungsgegenstand:**  
 Volksbefragung zur Kreisgebietsreform in Greifswald

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Hauptausschuss	16.03.2009	3.16	auf TO der BS gesetzt			
Bürgerschaft	30.03.2009	5.4				

**Beschlusskontrolle:** Termin:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Ja		

**Beschlussvorschlag**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald initiiert eine Volksbefragung in Form einer Unterschriftensammlung unter den Greifswalder Bürgern zu folgenden Fragen:

- Sollte Greifswald im Zuge der Kreisgebietsreform seine Kreisfreiheit verlieren?**

Alternativ:

- Soll Greifswald im Rahmen der Kreisgebietsreform mit dem Amt Landhagen zusammen einen Stadtkreis bilden?**

## Sachdarstellung/ Begründung

Die geplante Kreisgebietsreform beeinflusst direkt die unmittelbaren Lebensumstände der Greifswalderinnen und Greifswalder. Die geplante Volksbefragung gibt der Landesregierung die Gelegenheit zu überprüfen, ob ihr Handeln den Volkswillen entspricht.

Die Volksbefragung gibt auch der Bürgerschaft und der Verwaltung ein unmittelbares Feedback über die Meinung der Greifswalder Bürger. Zur Alternative stellt der Einbringer zwei Fragen. Es soll der Diskussion überlassen werden, ob die Bürgerschaft sich der ersten oder der zweiten Alternative zuwendet oder aber beide Fragen an die Greifswalder Bürger richtet.

Sofern die zweite Alternative beschlossen wird, sollte im Vorfeld der Befragung das von der Verwaltung, insbesondere vom OB Dr. König bevorzugte Modell eines Stadtkreises (UHGW + Amt Landhagen) propagiert werden, um die Vorzüge des Stadtkreises darzustellen.

Den Einbringern ist bewusst, dass die Befragung keine rechtliche Bindungswirkung hat, gleichwohl wäre ein starkes Votum ein nicht zu übersehendes Zeichen im politischen Raum.

Organisation: Der Zeitraum der laufenden Unterschriftensammlung sollte die Dauer von 2 Monaten nicht überschreiten. Da die Unterschriftensammlung nicht mit der Kommunalwahl zusammenfallen darf wird vorgeschlagen, sie in den Monaten April und Mai durchzuführen. Die Unterschriftensammlung sollte medial ausreichend angekündigt werden, um möglichst viele Bürger für eine Unterschrift zu gewinnen. Wie die Sammlung tatsächlich durchgeführt werden soll, kann in offener Diskussion entschieden werden. Denkbar wäre das Versenden einer entsprechenden Postkarte an die Greifswalder Haushalte oder das Verteilen von Unterschriftenlisten.

## Finanzierung

	HH-Stelle	Verbale Beschreibung und Bemerkung
1	noch zu klären	

	geplant	vorhanden	Bedarf	Rest	Jährl. Kosten
1					